

Anfrage von Frau Lena Oberbäumer (Die PARTEI Bielefeld) zur Ratssitzung am 13.11.25

Anfrage:

Wie positionieren Sie sich als Oberbürgermeisterin der Stadt Bielefeld zu der Aussage von Friedrich Merz zum Thema Stadtbild?

Zusatzfrage:

Wie gedenken Sie während Ihrer Amtszeit ein friedliches Miteinander in Bielefeld zu fördern, so dass sich auch die 41% der Menschen mit internationaler Geschichte wohl und willkommen fühlen?

Antwort der Oberbürgermeisterin:

Die Anfrage verlangt die Bewertung einer auf der Bundesebene gegebenen Äußerung. Gem. § 17 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates dürfen Anfragen keine Beurteilungen oder Wertungen enthalten. Die Anfrage einschließlich der Begründung enthält verschiedene Wertungen und widerspricht damit den Vorgaben der Geschäftsordnung.

Unabhängig davon haben sich Fragen im Rahmen des Aufgabenbereiches des Rates zu halten. Demgemäß erstreckt sich die Antwortpflicht der Oberbürgermeisterin nur auf solche Bereiche, für die sie unmittelbar oder mittelbar verantwortlich ist und die den Zuständigkeitsbereich des Rates oder seiner Ausschüsse berühren (siehe auch Beschluss des OVG NRW vom 12.04.2010 (15 A 69/09, juris – Rdnr. 13)).

Die Auseinandersetzung mit bundespolitischen Äußerungen betrifft nicht den Zuständigkeitsbereich des Rates der Stadt Bielefeld oder seiner Ausschüsse; Fragen haben sich auf die Ratsarbeit der Kommune zu beschränken und dienen der Beschaffung von Informationen, die ein Ratsmitglied für die Wahrnehmung seines Mandates benötigt.

Die vorliegende Anfrage entspricht nicht den Vorgaben des §17 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates, da sie Wertungen enthält und zudem Themen behandelt, die außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Rates sowie seiner Ausschüsse liegen. Eine Beantwortung der Anfrage durch die Oberbürgermeisterin erfolgt daher nicht.

Zusatzfrage

Die Zusatzfrage betrifft speziell das Zusammenleben in Bielefeld und wird wie folgt beantwortet:

Die Förderung eines friedlichen und respektvollen Miteinanders in unserer Stadt ist ein wichtiges Ziel der Stadt Bielefeld. Die Verwaltung unterstützt hierzu eine Vielzahl von Maßnahmen, die auf Integration, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgerichtet sind.

Dazu gehören u.a. die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums Bielefeld, Stadtteilprojekte zur Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, die Zusammenarbeit mit Vereinen, Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie Veranstaltungen und Programme zur Förderung des interkulturellen Dialogs.

Ziel dieser Maßnahmen ist, dass sich alle Menschen - unabhängig von Herkunft, Religion oder persönlicher Geschichte - in Bielefeld willkommen fühlen.

Mit diesen vielfältigen Maßnahmen setzt die Stadt Bielefeld ein deutliches Zeichen für ein respektvolles und solidarisches Zusammenleben. Ich bin davon überzeugt, dass durch die enge Zusammenarbeit von Verwaltung, Zivilgesellschaft und der Einbindung der zuständigen politischen Gremien dieses gemeinsame Ziel verfolgt wird, so dass Bielefeld auch weiterhin eine Stadt bleibt, in der sich alle Menschen willkommen fühlen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.